

Wählen im Supermarkt

Roland Sturm

Die Parteien suchen nach kreativen Ideen, um die Wahlbeteiligung in Deutschland zu erhöhen. In anderen Ländern kämpfen Bürgerinnen und Bürger um das Recht, frei wählen zu dürfen. Diese Diskrepanz weist auf Funktionsprobleme unserer Demokratie hin. Aber welche? Und wie lassen sich diese beheben? Man kann sie ignorieren und ins Positive wenden. Die Wahlbeteiligung von 50 Prozent, die die SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi im Dezember 2014 in einem Welt-Interview als inakzeptabel einordnete, ist in den USA oder der Schweiz längst Realität. Die amerikanische Politikwissenschaft gibt sich schon seit über fünfzig Jahren mit der These zufrieden, das sei „funktionale Apathie“. Wer nicht wählt, ist wohl zufrieden, mit dem was er vorfindet – sonst würde er wählen.

Der „mündige Bürger“ habe auch das Recht „unpolitisch“ zu sein. Das ist wohl so, aber im deutschen Falle auch eine Niederlage der politischen Bildung. Diese sieht in der Abkehr vom Gemeinwesen und von Mitgestaltung und Mitverantwortung eher ein Partizipationsdefizit als eine Form des Beifalls für den politischen Alltag. Eine substantielle Debatte zum Problem der niedrigen Wahlbeteiligung hat sich aus Sicht der politischen Bildung deshalb auch an den Fragen zu orientieren: Wie kommt es zu der Kluft zwischen Politik und Lebenswelt vieler?, Warum sind Mitgestaltung und Mitverantwortung nicht ausreichend attraktiv? Bräuchte man ein weiteres Indiz für die Relevanz dieser Fragen, könnte hinzugefügt werden, dass unter drei Prozent der Deutschen sich in Parteien engagieren.

Frau Fahimi hat in dem erwähnten Interview Vorschläge gemacht, wie der niedrigen Wahlbeteiligung eventuell beizukommen wäre. Implizit geht sie dabei nicht vom



Prof. Dr. Roland Sturm

Lehrt Politische Wissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und ist Mitherausgeber von GWP

Foto: FAU – Harald Sippel

„mündigen Bürger“, sondern vom betreuten Bürger bzw. zu betreuenden Bürger aus. Das passt in die Landschaft. Inzwischen leistet sich ja sogar das Kanzleramt eine Kommission „Wirksames Regieren“, die Bürgerinnen und Bürger zu mehr Glück verhelfen soll. Der „liberale Paternalismus“, der sich hier manifestiert, verlangt von den Menschen nichts, ja nimmt auch noch Rücksicht auf eine „gewisse Bequemlichkeit“, wie Frau Fahimi dies formulierte.

Sie schlug zum einen vor, „wir sollten das Wählen an viel mehr öffentlichen Plätzen ermöglichen“. Dies schloss Supermärkte, Bahnhöfe und öffentliche Bibliotheken ein, zum anderen plädiert sie für Wahlwochen. Wahlwochen in Deutschland, gleichzeitig aber das Bedauern, dass Europawahlen immer noch in einer Wahlperiode stattfinden, was Ausdruck mangelnder Wahrnehmung der Wahl des Europaparlaments als gemeinsamer europäischer Wahl sei. Diese Unterscheidung müsste wohl erst noch erklärt werden. Ein neues Thema wäre sicherlich auch: Wahlwochen und Ergebnismanipulation. Was würden die Parteien tun, wenn sie die Dienstag-Zwischenergebnisse kennen (auch heute kennen die Parteien schon früher als der Normalbürger den Wahlausgang), um bis Sonntag das Blatt noch zu wenden?

Bequemer Wählen. Nun wäre es vielleicht kein großer Verlust, wenn man bei der Abgabe der Wahlunterlagen nicht mehr in die grimmigen Gesichter der faktisch zwangsabgeordneten Wahlhelfer der Gemeinde schauen müsste. Ein freundlicher Verkäufer im Supermarkt könnte uns zwischen Sonderangeboten und duftenden Backwaren zu einem Wahleckchen führen. Bei zugigen Bahnhöfen und angesichts des Service der Deutschen Bahn könnte man schon skeptischer werden. Während öffentliche Bibliotheken sich über eine gesteigerte Wertschätzung sicher freuen würden.

Was Frau Fahimi ausgelassen hat, ist der Hinweis, dass vielleicht noch mehr Personen wählen würden, wenn neben dem Bequemlichkeitsfaktor auch der Fun-Faktor eine Rolle spielen würde. Keine anständige Sportübertragung kommt ohne Gewinnspiel aus. Was der deutschen Fußballnationalmannschaft Recht ist, könnte auch der politischen Elite Recht sein – und politische Bildner übernehmen die Verlosung des Autopreises. Gefragt wird dann, wie bei Gewinnspielen üblich, so Tiefschürfendes wie: Wer regiert in der Großen Koalition „alle“ oder „CDU, CSU und SPD“?. Oder ähnlich schräg, was der FAZ (27.12. 2014: 8) einfiel, im Supermarkt wird die Wahlkabine vor der Kasse aufgebaut. Die Stimmabgabe wird mit einem Fünf-Euro-Gutschein belohnt, der auf den Einkauf angerechnet wird. Der paternalistische Staat könnte den Supermarktketten die Kosten erstatten.

Hinter solchen Überzeichnungen verbirgt sich die harte Realität, dass Bürgerinnen und Bürger vor allem Politikkonsumenten geworden sind. Und wie bei allen Konsumenten greift Konsumentensouveränität nur bei ausreichender Information. Der mündige Bürger ist auch ein informierter Bürger. Wenn der Deutsche im Ausland lebt, fordert das Wahlgesetz von ihm folgerichtig persönliche und unmittelbare Vertrautheit mit den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland, eine rein passive Kommunikationsteilnahme, etwa durch den Konsum deutschsprachiger Medien im Ausland, genüge nicht. Der Inländer darf immer wählen, auch wenn er seine bequeme Wahlentscheidung im Supermarkt nicht informierter vornimmt als seine Wahl zwischen Erdbeer- und Kirsch-Joghurt. Das ist Demokratie, aber dennoch nicht befriedigend. Wir brauchen nicht nur mehr Wählerinnen und Wähler, sondern mehr interessierte und informierte Wählerinnen und Wähler. Eine erhöhte Wahlbeteiligung, die nur auf den Betreuungsfaktor setzt und den Faktor politische Willensbildung vernachlässigt, ist der Gefahr ausgesetzt, manipulierbaren Stimmungen Mehrheiten zu ver-

schaffen, die durch Wahlkampfwerbefeldzüge oder unverantwortlichen Populismus erzeugt werden.

Ein „technisches“ Problem des bequemen Wählens sollte wenigstens erwähnt werden. Es gibt viele – z.B. auch die Garantie eines korrekten Wahlaktes bei „mobilen Wahlkabinen“. Frau Fahimi wurde entgegengehalten, es gebe ja schon bequemes Wählen, nämlich die immer populärer werdende Briefwahl. Sicher ist die Briefwahl bequem – ist sie aber auch geheim? Schaut hier nicht der Ehepartner mehr als gelegentlich über die Schulter, oder führt der Sohn seiner alten Mutter die Hand?

Das Rätsel der sinkenden Wahlbeteiligung hat keine technischen Lösungen: mehr ist nicht besser. An einer Debatte über die Defizite deutscher Demokratie und auch der politischen Bildung führt deshalb kein Weg vorbei.

Vertrauen

Grundlage gesellschaftlichen Arrangements



Vertrauen

Herausgegeben von Heinz-Dieter Assmann,
Frank Baasner und Jürgen Wertheimer

2014, 215 S., brosch., 28,- €

ISBN 978-3-8487-1713-2

(Wertewelten, Bd. 8)

www.nomos-shop.de/24024

In Zeiten des umfassenden „controlling“ und weltumspannender Abhörtechnologie, wird besonders oft an das Vertrauen appelliert. Darüber hinaus ist Vertrauen nicht nur eine öffentliche, sondern auch eine individuelle, ja intime Kategorie. Oft genug wird Vertrauen emotional, ja irrational gegen alle Wirklichkeit in Stellung gebracht.

Der Akt des Vertrauensbruchs wird noch immer als gravierender Verstoß gegen die gesellschaftliche Ordnung

betrachtet, dabei sind Vertrauensbrüche ständige Begleiter des Alltags. Der bloße Akt des Vertrauens-Spendens ersetzt Werte. Der Akt des Vertrauensentzugs zerstört sie. Vertrauen ist mithin der Stoff, aus dem die Träume gesellschaftlichen Arrangements sind.

Die Autoren des Bandes fragen nach Zusammenhängen zwischen den Vertrauensverhältnissen und den jeweiligen sozialen, kulturellen, politischen, religiösen, ethischen Rahmenbedingungen.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos